

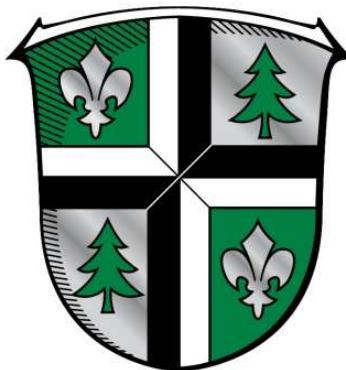


... die sympathische Gemeinde

2026

Etatrede von Bürgermeister

Timo Zentgraf



Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
liebe Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter,
liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Gäste,

heute übergebe ich Ihnen den Entwurf des Haushaltes für das Kalenderjahr 2026. Was ist in diesem Jahr die besondere Überschrift für den Haushalt?

Der Klimawandel ist in aller Munde und man merkt die Folgen von wärmeren Jahren. Auch in höheren Lagen auf den Bergspitzen setzt das Tauwetter immer häufiger ein. Genau hier, also in Spitzengebieten, bewegt sich die Gemeinde Künzell, vor allem wenn es um die Höhe der Rücklagen geht und das trotz im Verhältnis zu anderen Kommunen geringerer Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Das erreichen wir seit Jahren durch den sparsamen Umgang mit Steuergeldern.

Doch auch wir bleiben metaphorisch gesprochen nicht vom Klimawandel verschont: Auch bei uns setzt das „Tauwetter“ ein und unsere Rücklagen beginnen zu schmelzen. Wo andere längst schon auf trockenem Boden oder dem harten Felsen der Realität angekommen sind, liegt bei uns im übertragenen Sinne noch „Schnee“ und die Bürgerinnen und Bürger können sich daran erfreuen.

Damit das aber so bleibt, müssen wir alle in Zukunft stärker sparen, um den guten Standard unserer Gemeinde möglichst lange erhalten zu können. Vielleicht kommen irgendwann wieder bessere Jahre mit der Möglichkeit, mehr Wünsche zu erfüllen...

Beim Thema Klimawandel sagen manche, dass der Einflussbereich eines jeden einzelnen sehr gering ist und manchmal als Gott gegeben hingenommen werden muss. Bei den Haushalten der Kommunen ist es nicht viel anders. Da entscheidet zunehmend mit unzureichend ermittelten Fakten in Bezug auf die Auswirkungen einer Entscheidung die „große Politik von Bund und Land“, meist rein aus politischem Kalkül, wie arm oder reich jede einzelne Kommune in Zukunft wird, ohne dies eigentlich gewollt zu haben. Manchmal treten die Folgen erst Jahre später mit voller Wucht ein, wie wir z.B. in der Kinderbetreuung feststellen müssen. Dann heißt es: Wir haben immer nur die Bürgerinnen und Bürger – oder sollte man sagen „die Wählerinnen und Wähler“ im Blick. Es werden Entscheidungen getroffen, die möglichst keine Schmerzen verursachen sollen und viele erfreuen, aber eigentlich nicht mehr finanziert sind. Man hört immer wieder: „Wir wollen nun einmal das Beste für die Menschen, die in unserem Land leben und vor allem unsere Demokratie schützen“.

Doch, was ist das „Beste“ und für wen genau?

Viele Ideen aus der großen Politik sind gut gedacht und helfen einigen Wenigen bestimmt existenziell weiter.

Sie sind allerdings in ihrer Breite und mit einem für **Alle** geltenden Rechtsanspruch auch in dem größer werdenden Anspruchsdenken nicht mehr bezahlbar.

Früher haben sich Menschen oftmals viel mehr geschämt, wenn sie vom Staat Geld beantragen sollten. Damals hat das System funktioniert. Heute hat sich jedoch einiges verändert. Immer mehr Einzelne wollen ihren größtmöglichen Profit vom Staat herausziehen, ohne darüber nachzudenken, wer dafür aufkommen muss. Der Staat hat per se kein eigenes Geld. Er kann nur das verwalten und ausgeben, was die Staatsbürger einzahlen.

Wenn ich vom Staat etwas verlange, dann muss ich entweder selber als Teil der steuerzahlenden Bevölkerung oder evtl. ich als ein unbeteiligter Bürger mit höheren Steuern und Abgaben das Ganze bezahlen. Das System ist vielen Bürgerinnen und Bürgern in meinen Augen nicht wirklich bewusst, z.B. wenn es um das Thema Rente geht. Da heißt es oft: „Ich habe doch lange einbezahlt, mir steht mehr zu. Andere haben gar nichts einbezahlt.“

Allerdings ist das ein Trugschluss.

Man hat bezahlt, ja, das ist korrekt, aber nicht einbezahlt. Mit dem, z.B. im Monat Mai von einem Angestellten bezahlten Rentenversicherungsbeitrag wurde im Monat Juni ein aktiver Rentner zum Teil mit einer Rente ausgestattet – der berühmte Generationenvertrag.

In früheren Jahren haben z.B. 3 Erwerbstätige einen Rentner finanziert. Das ist lange vorbei. Die Verhältnismäßigkeit hat sich verändert. Die eingezahlten Rentenbeiträge reichen für die Auszahlung nicht mehr aus. Nun müssen Steueranteile zur Unterstützung herangezogen werden. Die Finanzierung verändert sich zu Lasten aller Steuerarten.

Mit diesem kleinen Exkurs verlasse ich wieder die große Politik und komme zurück in unsere sympathische Gemeinde Künzell. Hier erlebe ich als Bürgermeister tagtäglich, wie die Mitarbeitenden in unserer Verwaltung den „Antrieb zum Sparen“ verinnerlicht haben. Sie sind sehr darauf bedacht, den vorhandenen „Schnee“ nicht zum Schmelzen zu bringen.

Doch nicht nur in der tagtäglichen Praxis der Umsetzung von beschlossenen Maßnahmen, sondern auch bei den Beschlüssen von neuen Maßnahmen müssen wir bei der Erfüllung von Wünschen einzelner Bürger, die die Gremien bearbeiten, sorgsamer auf die Dringlichkeit und Notwendigkeit achten.

Darüber hinaus müssen wir manche getroffene Entscheidung eventuell nochmals überdenken, auch hinsichtlich des zusätzlichen Unterhaltungsaufwandes, z. B. beim Bau eines Beachvolleyballfeldes mit großen Baunebenkosten bedingt durch die getroffene Standortwahl oder bei der Planung zur Neuerrichtung eines bis dato nicht vorhandenen DFB-Minispielfeldes in Engelhelms.

In der Vergangenheit war unser Haushaltsvollzug, d.h. das tatsächliche Endergebnis im Jahresabschluss, immer wesentlich erfreulicher, als der ursprüngliche Planansatz im Jahr zuvor. Wir konnten in die Haushalte etwas Luft und Spielraum auf der untersten Ebene einbauen. Man kann im Vorhinein die tatsächlichen Kosten nie genau abschätzen und wir haben lieber etwas übrig, als zu eng zu planen. Ungeplante Kostenerhöhungen werden nämlich immer auch durch die Gremien sehr kritisch hinterfragt, so dass ein ausgewiesener Puffer hilfreich ist.

Die „Luft“ in den Planungen wurde nie ausgenutzt, was man an den immer sehr guten Endergebnissen bei den Jahresabschlüssen ablesen kann. Für große Verbesserungen wurden wir schon oft von mancher Fraktion gerügt – was ich persönlich eher als Lob an die Sparsamkeit der Mitarbeiter empfand.

Nun sind in den letzten Jahren die Einnahmen im Verhältnis zu den Ausgaben jedoch geringer gestiegen und wir wollen proaktiv einen gemäßigten Konsolidierungskurs einschlagen. Die Wirtschaft ist in einer schwierigen Lage und heute von steigenden Gewinnen zu träumen, passt einfach nicht in die Zeit.

Wir müssen proaktiv konsolidieren, bevor wir unsere angesparten Gelder komplett verfrühstückt haben und in einen Abwärtsstrudel geraten, in dem sich andere Kommunen schon lange befinden.

In mancher Kommune funktionieren nur noch radikale Maßnahmen mit großen Schmerzen für die Bevölkerung. Davon sind wir zum Glück noch weit entfernt und wollen es auch bleiben.

In der Gemeinde Künzell wurden in der kürzeren Vergangenheit sinnvolle grundlegende Entscheidungen getroffen, die z.B. den einzelnen Betroffenen von hohen Beträgen entlasten und dafür die Aufwendungen auf breitere Schultern legen. Hierfür steht beispielhaft die Abschaffung der Straßenausbaubeuräge mit Ausgleich der Finanzierung durch die Grundsteuer, welches fraktionsübergreifend beschlossen wurde.

Bei auch inflationsbedingt steigenden Baukosten für die in Teilen renovierungsbedürftige Infrastruktur aus den 60er und 70er Jahren, lässt sich dann bei fehlender anderer Finanzierungsmöglichkeit, z.B. durch Zuschüsse, der Anstieg der Hebesätze leider nicht vermeiden.

Gerade dann, wenn im Vorjahr ungewollt eine kleine Steuersenkung beschlossen wurde. Auf öffentlichen Vorschlag des Hessischen Finanzministeriums hin, wurden durch die Grundsteuerreform neue Hebesätze erforderlich. Um keine „verdeckte“ Steuererhöhung durchzuführen, gab es vom Land kalkulierte Hebesätze mit der Aufforderung zur Umsetzung in der vorgeschlagenen Höhe. Im Nachhinein kann man jetzt sagen, dass damit keine Aufkommensneutralität erreicht wurde.

Durch Eliminierung des Gebäudealters in der Steuerberechnung sind ältere Gebäude nun teurer als früher und neuere Gebäude günstiger. In der Summe kam weniger Geld in der Kasse der Gemeinde an.

Für den Haushalt 2025 gab es im letzten Jahr schon Gedanken zur Anhebung der Hebesätze – ich verweise hier auf meine letztjährige Haushaltsrede - allerdings wurden Erhöhungen aufgrund des Versprechens zur Aufkommensneutralität und einer grundsätzlichen Unsicherheit in der Entwicklung der Steuereinnahmen wieder verworfen.

Im letzten Jahr wurde mit einem Rekordminus im Finanzhaushalt geplant (ca. -850.000 EUR) und wir konnten erstmalig unsere sehr geringen Tilgungsraten nicht erwirtschaften – die Ampel für den Haushalt sprang von grün in Vorjahren auf gelb in 2025.

In diesem Jahr kommen wir nicht umhin, wie im letzten Jahr schon angekündigt, die Hebesätze anzupassen. Um im laufenden Finanzhaushalt 2026 aus den Zahlungsmittelüberschüssen zumindest die regulären Tilgungen bedienen zu können und damit wieder eine mit der Farbe Grün bewerteten Haushalt zu erhalten, sehen wir uns nach den erfolgten Sparbemühungen gezwungen, die Anhebung aller Hebesätze auf 400 % zu planen. Die Steigerung von z.B. der alle Einwohner betreffenden Grundsteuer B um 90%-Prozentpunkte bzw. um ca. 30 Prozent gefällt mir persönlich nicht.

Allerdings will ich als Bürgermeister und will die Kämmerei als fachliche Stelle Ihnen keinen strukturell defizitären Finanzhaushalt vorlegen, der zu einem noch schnelleren Aufbrauchen der vorhandenen Rücklagen führt. Durch Investitionen verursachte Defizite sind bei unseren Rücklagen noch vertretbar. Wenn Defizite durch das reguläre Tagesgeschäft entstehen, dann wird es bedenklich. Letztes Jahr zählte noch das Versprechen zur gleichbleibenden Grundsteuer, in diesem Jahr müssen wir den Realitäten ins Auge sehen.

Warum schlagen wir Ihnen jetzt eine gleiche Steuerhöhe für alle 3 Steuerarten vor? Viele Kommunen unterscheiden mittlerweile nicht mehr bei der Höhe der Hebesätze nach der Steuerart, so wie es früher eher die Regel war. Mir fehlt dafür auch eine aussagekräftige Begründung. Somit haben auch wir uns für einen einheitlichen Satz im Rahmen des Haushaltsentwurfes entschieden. Ein niedrigerer Hebesatz wäre mir schon allein aus optischen Gründen lieber gewesen, allerdings hätten wir dann keinen ausgeglichenen Finanzhaushalt hinbekommen.

Doch bis wir zu diesem Vorschlag kamen, haben wir selbst erstmal in der Verwaltung nach Sparmöglichkeiten gesucht und von oben einen Zwang zum Sparen angeordnet.

Das funktioniert jedoch nicht immer, z.B. bei Versicherungsbeiträgen, die in diesem Jahr um 10 Prozent steigen und wogegen wir uns wirklich nicht wehren können. In Summe aller Sparvorgaben konnten wir die Reduzierung der Sachausgaben trotz teilweise steigender Kosten um ca. 700.000 EUR erreichen. Wir sind guter Dinge, dass diese Zahl am Ende auch Bestand hat. Im Bereich der Personalkosten haben wir in diesem Jahr erstmals eine feste Zielgröße von 200.000 EUR zur Reduzierung der Kosten eingebaut.

Daneben haben wir in 2025 auch schon die Möglichkeiten für die Erhöhung von kleineren Gebühren, z.B. bei der Nutzung von Bürgerhäusern mit Wirkung ab 01.01.2026 ausgenutzt. Auch die Hundesteuer sowie die Verwaltungskosten wurden angepasst.

Auch die Ortsbeiräte sind unserer Aufforderung zum sparsamen Umgang mit Haushaltsanträgen gefolgt und haben viel weniger Anträge eingereicht bzw. auf kostenintensive Anträge verzichtet – auch dafür sei an dieser Stelle einmal Danke gesagt.

Viele kleine Puzzleteile sollen helfen, die finanzielle Situation ausgewogen zu belassen. Einen Punkt haben wir bei den Sparbemühungen jedoch ganz bewusst ausgeklammert.

Das Zusammenleben in der Gemeinde Künzell soll weiterhin - gerade auch durch die Vereine - gut funktionieren, so dass wir an der Stelle der Vereinsförderung keine Sparmaßnahmen vorgegeben bzw. vorgesehen haben. Auch die Ausstattung unserer Kindergärten liegt uns am Herzen und die Anträge der Kita-Leitungen wurden größtenteils übernommen.

Genau diese beiden Punkte sind für mich ein Ausdruck unseres Slogans: Künzell, die sympathische Gemeinde.

Genug der Vorrede und Einführung, kommen wir zu den Fakten des Haushaltes für 2026.

Unser Defizit im Kita-Bereich hat sich von ca. 3 Mio. EUR in Jahr 2019 auf über 6,3 Mio. EUR im Plan für 2026 mehr als verdoppelt. Das ist eine der größten Ausgabepositionen für die Gemeinde Künzell. Die fragliche Finanzierung der hohen Standards in der Kinderbetreuung habe ich schon öfters kritisiert, ich will mich nicht wiederholen. Bund und Land sind hier nach meiner Wahrnehmung weiterhin stärker in der Pflicht zur Mitfinanzierung.

Mittlerweile trifft uns auch der kommunale Finanzausgleich immer härter, obwohl wir eigentlich als finanzschwach bezüglich der Steuererträge zählen. Waren es in 2019 noch ca. 3 Mio. EUR, so zahlen wir jetzt schon eine Summe von ca. 5 Mio. EUR in den großen Topf ein. Die Schlüsselzuweisungen des Landes verbleiben auch nicht mehr bei uns und werden quasi 1:1 an den Landkreis weitergeleitet.

So kann ich zusammenfassen: Höhere Baukosten bei Straßenrenovierungen und den Sanierungen unserer Bestandsgebäude, ein höheres Defizit im Kindergartenbereich und eine schlechte Entwicklung im KFA sind die aktuellen Herausforderungen mit denen wir und natürlich auch alle anderen Kommunen kämpfen müssen.

Zum Glück haben wir fleißig gespart und noch Rücklagen auf der Seite, so dass zumindest die Investitionstätigkeit aufrechterhalten werden kann, denn Stillstand bedeutet Rückschritt. Mit 6,3 Mio. EUR bewegen wir uns auf einem konstant hohen Niveau. Es gibt genug angefangene Maßnahmen und Planungen, die wir abarbeiten müssen und wir dürfen das Personal bei der Vielzahl der Maßnahmen nicht überlasten.

Größere Zuschüsse von Bund, Land und Kreis sind für das Jahr 2026 nicht in der Planung bzw. nach heutigem Stand nicht zu erwarten. Wir müssen die meisten Investitionen selbst finanzieren. Von den angeblich großen beschlossenen Geldpaketen für die Kommunen konnten wir bisher noch nichts spüren – vielleicht kommt noch etwas im späteren Zeitverlauf und hilft uns bei der Finanzierung auch der regulären Ausgaben.

Die geplanten Steuereinnahmen wurden auch in diesem Jahr mit dem Maximalansatz aus den Empfehlungen des Hessischen Finanzplanungserlasses übernommen. Der Trend bei der Einkommenssteuer in den letzten 4 Quartalen des Jahres 2025 sieht allerdings nicht gut aus, vermutlich werden wir unser diesjähriges Ziel nicht ganz erreichen.

Bei der Gewerbesteuer müssen wir immer Glaskugelleser sein. In den letzten 10 Jahren sind wir meistens positiv überrascht worden, da wir zum Glück immer etwas pessimistisch waren. Der Trend der letzten 10 Jahre hat uns allerdings nun schon 2-3 Jahre mutiger werden lassen und wir wurden nicht enttäuscht. Mal sehen wie es weitergeht.

Durch die Anhebung des Hebesatzes auf 400 %, der den meisten Firmen nicht weh tut, da er mit der Einkommenssteuer verrechnet werden kann, erhoffen wir uns eine Verstärkung der Gewerbesteuererträge.

Bei der Grundsteuer A und B steigen die Sätze mit 400 % schon stärker und wir haben aktuell keine Vergleichsgrundlage zu den anderen Gemeinden im Kreis – da ist aktuell viel in Bewegung. Wir sind eine im Vergleich junge Gemeinde, haben nicht viele Gebäude mit einer Substanz von vor dem letzten Weltkrieg und somit relativ geringe Bemessungsgrundlagen für die Grundsteuer. Auch deswegen führt die Reform der Grundsteuer derzeit zu weniger vergleichbaren Zahlen mit anderen Kommunen, da müssen erst Erfahrungswerte gesammelt werden.

Bei den Mittelbeständen (Geld auf dem Konto) rechnen wir zum Jahresanfang mit einer Summe von 20 Mio. EUR. Die Haushaltsreste betragen nach der Schätzung aus dem Haushaltsplan für noch offene bzw. nicht bezahlte Maßnahmen ca. 15 Mio. EUR. Somit ergibt sich eine freie Spalte von ca. 5 Mio. EUR.

Der Ergebnishaushalt schließt in 2026 mit einem geplanten Defizit von ca. 2,3 Mio. EUR und im Finanzaushalt mit einem Zahlungsmittelbedarf von 3,8 Mio. EUR bei einer Kreditaufnahme von 2 Mio. EUR.

Aus der laufenden Verwaltungstätigkeit wird mit dem vorgeschlagenen Zahlenwerk für 2026 ein Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 186.893 € gegenüber einem Defizit von 859.930 € in 2025 erwartet. Durch Sparen beim Ausgeben und Erhöhen von Einnahmen soll die Differenz von ca. 1 Mio. EUR zum Vorjahr erwirtschaftet werden.

Nun verlasse ich wieder den textlichen Teil und komme zu meiner Präsentation, um manche Fakten einfach besser visualisieren zu können.